

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt U&K

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnements-
preis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg,
Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 40 Pf. wochentl. oder M. 1,75
monatl. Abonnementspreis bei Postbezug: monatl. M. 1,80 u. viertel-
jährlich M. 8,00. Feldpost-Abonnements M. 1,90 monatl. Inserations-
preis die Zeile 80 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag, für Stellenangebote und
Gesuche 70 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten
70 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 20 Pf., das fettgedruckte Wort
30 Pf. mit 50% Zuschlag. - Redakt. u. Haupt-Expedit.: S.W. Jerusalem
Str. 49-51. Tel.: Zentrum Nr. 10191-10194; L.S. Fernverh. Nr. 14207-14209.
Chefredakteur: Otto Naschke.

Filialen: Moritzpl., Koppenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-6, Frankl. Allee 228, Frankl.
Allee 246, Gr. Frankl. Str. 101, Gieseler Str. 127, Schön. Allee 164, Scheibebaum 4
Fehrer, 1. Müllerstr. 12, Radstr. 61, Königsstr. 60-67, Rosenau Str. 48, Reichenow
Str. 3, Turmstr. 61, Potsd. Str. 23, Leipziger Str. 105, Zimmerstr. 50, Büchelerstr. 69
Charlottenb. Tüntenstr. 2, Kaiser Str. 24, Schwanenstr. 23, Nürnberg Str. 26-28
Friedenau Rohnstr. 10, Hallesche-Grünwald, Jüdischenplatz, Liebenberg
Frankl. Allee 241, Lichtenfelde-West Caristr. 1-2, Neukölln Berliner Str. 41
Hermannstr. 63-64, Pankow Bornholmer Str. 1, Schmarandorf Breita Str. 10
Schöneberg Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 2, Segitz Albrechtstr. 125
Tagel Berliner Str. 13, Tempelhof Berliner Str. 147, Wilmersdorf Ulland-
str. 88, Hradonburg Hauptstr. 4, Frankfurt a.O. Regierunstr. 43, Potsdam
Brandenburger Str. 33, Spandau: Heide Str. 47, Stettin Paradenplatz 8
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Fortschrittende Befreiung Berlins.

Der Kampf gegen die Spartacisten.

Berlin, 8. März. (B. L. B.)
Die vergangene Nacht und der heutige Vormittag brachten
den Regierungstruppen unter Führung der
Gardekavalleriebrigade wichtige bemerkenswerte Er-
folge. Nach den schweren Schlägen, die die Spartacus-
Sache am 6. und 7. erlitten hatte, hatten sich die Anführer
in der Gegend östlich der Janowitzerbrücke stark ver-
schämt. Besonders in der Pallasstr., Frankfurter und
Langestraße waren Barricaden errichtet. Die frei-
willigen Truppen der Regierung erhielten den Auftrag,
bis heute mittag das Gelände bis zum Bahnhof Schön-
hauser Tor, Schlesischer Bahnhof, Wrixplatz
von den Händen zu säubern. Nach wenigen Stunden wurden
die beabsichtigten Ziele glatt erreicht. Um unnötige Verluste
zu vermeiden, wurde bei heftigem Widerstand mit
Artillerie und Minenwerfern vorgegangen. Auf
diese Weise gelang es, die fanatischeren Verteidiger ohne er-
hebliche eigene Verluste überall zu schlagen. Die Verluste
des Gegners sind sehr schwer. In lebhafteren Kämp-
fen kam es besonders am Andreasplatz,
Aber auch hier wurde in energischem Zu-
sammen mit der Widerstand schnell gebrochen. Aufeinander
gehen die Spartacus-Anhänger ihre Sache immer noch nicht
verloren. Sie sind entschlossen, ihr Widerstandsfeld in die
östlichen Vororte Berlins zu verlegen. Die Stimmung
in den Stadtteilen, welche einige Tage unter dem
Terror von Spartacus gestanden haben, ist überall zu-
gunsten der Regierung umgeschlagen. Die Regierung und
die militärische Zeitung, die noch bei der Gardekavallerie-
brigade in der weiteren Entwicklung mit
zweiter Inverkeft entgegen.

Eine zweite Spartacus-Woche ist es, die sich in
Berlin abrollt. Ein regulärer zweiter Spartacus-Aufstand.
Unter dem schützenden Mantel des Generalstreiks haben die
Spartacisten zu dem für diesen Monat seit langem geplanten
zweiten Schläge ausgeholt, der sie endgültig zum Siege führen
sollte. Es ist anders gekommen, dank dem energischen Ein-
schreiten der Regierung.

Aus der Bohm-Druckerei wurden die Spartacisten nach
verbreiteter Gegenwehr von dem Freikorps Bohm gegen 3 Uhr
hinausgetrieben und zogen sich nach den gegenüberliegenden Häusern
der Wiltberg-Gesellschaft zurück, in denen sie sich stark verschagten
und von denen aus sie den Kampf neu aufnahmen. Die Regierungstruppen
zogen einen Kordon vom Prenzlauer Tor, die Saarbrücker
Straßen entlang bis zum Schönhauser Tor und verschlossen den
Spartacisten alle Zugänge. Von den Regierungstruppen wurde
mit Revolverkanonen von dem hoch gelegenen Prenzlauer Berge aus
geschossen. Die Häuser der Umgebung haben erheblich gelitten. Der
Friedrichshain ist von Regierungstruppen völlig besetzt
worden. An dortigen, strategisch wichtigen Punkten hat das Frei-
korps Geschütze und leichte Revolverkanonen aufgestellt. Kleinere
Schleppschiffe entwickelten sich in der Nähe der
Vorholerinsel. Dort hatten sich Spartacisten auf den Dächern
der Häuser festgesetzt und wurden von Strohtrüppchen, die auf gedeckten
Kistwagen standen, nach längerem Gefecht heruntergeschleudert.

In der Großen und Kleinen Frankfurter Straße
herrschte im Laufe des gestrigen Nachmittags verhältnismäßig Ruhe.
An der Ecke der Blumenstraße und des Grünen Wegs waren Geschütze
und Minenwerfer aufgeschlagen und machten die Straße frei. Die
Auffständischen bekundeten die Frankfurter Allee zum größten Teil räumen,
nachdem die dort befindlichen Barricaden zusammengebrochen worden
waren. Leider ging die Säuberung der einzelnen Viertel und Straßen
nicht ohne schwere Unfälle ab. So fuhr eine verirrte Granate in
das Postamt 74 am Krauswälder Platz und verletzte zwei Postbeamte
schwer. Der eine starb bereits auf dem Wege zum Krankenhaus.
Mehrere, an Schalter stehende Personen erhielten leichtere Ver-
letzungen. In der Pasteurstraße freipierte eine Granate, durch die ein
dort wohnender Beamter, dem ein Splitter in den Hinterkopf drang,
getötet wurde, vier andere Personen wurden leicht verletzt. Die
Situation in der Frankfurter Allee hat sich im Laufe des
Tages ebenfalls zugunsten der Truppen geklärt. Überall haben die
Auffständischen das Waffentrag ausser Acht gelassen, Führerwerke umgestürzt
und führten hinter diesen festen Brustwehren den Kampf gegen die an-
rückenden Truppen.

Im Berliner Polizeipräsidium

herrschte Hochbetrieb. Ununterbrochen werden Leute eingeliefert, die
den Regierungstruppen Ununterbrochen entgegengekehrt haben oder beim
Plündern von diesen betroffen worden sind. Viele Plünderer wurden
nachträglich bei der Durchsuchung der Wohnungen nach Waffen ent-
deckt. Wenn die Soldaten nach Waffen suchten, so stießen sie in vielen
Fällen auf Diebesbeute, die aus den Geschäften herrührt, die
in den letzten Tagen und Nächten beraubt worden sind. Neben Gold-
und Schmuckstücken fanden die Soldaten große Lederrollen, Tuchs-
tücken usw., aber auch viel wertloses Zeug, wie Nippachen, Gips-
figuren und ähnliches, das die Leute in ihrer Randgier in ihre Woh-
nungen geschleppt hatten. Eine Unmenge Geschäfte in der Großen

Die Sozialisierung
vor der Nationalversammlung.

Weimar, 8. März.
O. N. Die deutsche Nationalversammlung hat bereits am
Freitag die erste Lesung des allgemeinen Sozialisierungs-
gesetzes begonnen und diese Beratung sofort mit dem Kohlen-
gesetz, der ersten praktischen Anwendung des Gemein-
schaftsgebändens, verbunden. Der Reichswirtschaftsminister
Wissell leitete die Beratungen mit einer gut überlegten,
gehaltvollen Rede ein. Wissell lehnte jede Revolutionierung
des Wirtschaftslebens ab. Er bestritt auch, daß die Vorlage
ein fobiel richtig, daß bereits das Arbeitsprogramm der Mehrheit
die Sozialisierung privatmonopolistisch entwickelter Groß-
betriebe vorseht. Immerhin dürfte die Streikbewegung nicht
ohne Einfluß auf die Beschleunigung der Vorlage gewesen
sein. Jede Gesetzgebung ad hoc ist aber von Uebel. Der hohe
ethische Gehalt des Gemeinwirtschaftsgebändens muß leiden,
wenn er in der Form einer Gelegenheitsgesetzgebung verwirk-
licht wird. Den Begriff der Sozialisierung umschrieb der
Wirtschaftsminister ganz glücklich mit dem Satz: „Gemein-
wirtschaft bedeutet nicht Staatswirtschaft, sondern Selbst-
verwaltung“. Nur wenn die wirtschaftlichen und finanz-
politischen Ziele mit einer guten Sozialpolitik vereinigt wer-
den, kann die Sozialisierung gegenwärtig wirksam sein. Wissell
ließ es auch nicht an ersten Ermahnungen an die Adresse
der Arbeiterschaft fehlen. Die sozialistische Idee habe,
so sagte er mit Recht, die Pflichtgebundenheit zur Vor-
aussetzung. Von den Mehrheitssozialisten sprach der Berg-
arbeiterführer Huß, der einer allgemeinen Sozialisierung
das Wort redete. Das Zentrum entwarf einen neuen Mann,
den Farrer Braun, der rhetorisch sehr gut, aber sachlich
rechtlich akademisch sprach. Nach vielen kritischen Einwen-
dungen legte er doch zum Schluß eine klare Bekenntnis zur
Gemeinwirtschaft ab: die neue Zeit verlange auch neue
Formen der Wirtschaft. Er meinte sogar, Deutschland werde
mit diesem Gesetz erst recht vorbildlich werden und die Ge-
meinwirtschaft sei eine große Tat in der Kulturgeschichte
der Menschheit. Daß der Redner der schwer-
industriellen Deutschen Volkspartei, der Essener Rechtsan-
walt Kempes, die Vorlage rundweg ablehnte, versteht sich
von selbst. Der Wirtschaftsminister Wissell wies die Unter-
stellung des Volksparteilers scharf zurück, daß die Vorlage
sich lediglich ein Nachgeben gegenüber den revolutionären Massen
finde. In späterer Stunde kam für die Deutsche demokratische
Partei der Abgeordnete Dernburg zum Wort, der zwar die
Privatwirtschaft für den Regelfall anerkannt wissen wollte,
aber die Vorlagen für Volkswirtschaftlich unerlässlich be-
zeichnete. Es müßten neue Wege in unsere wirtschaftliche Zu-
kunft führen, und wenn man eine Abwanderung unserer In-
teligenz und unserer Arbeiter ins Ausland verhindern wollte,
dann müßte die Gesamtheit auf die Güterverteilung und
Güterverteilung einen größeren Einfluß nehmen. Mit Recht
wies er darauf hin, daß das allgemeine Gesetz nur ein
Bekanntnis zu einem Grundbaue. In dem ersten Paragraphen
werde der kategorische Imperativ in Gesetzform aufgefaßt. Aber
die ständige Forderung zur Arbeit nicht erfüllt, müße auch
wichtiger sozialer Rechte verloren gehen. Der deutschdemo-
kratische Redner betonte jedoch die Notwendigkeit, alle konkreten
Gesetze eingehend zu prüfen, und er beantragte darum auch
die Ueberweisung der beiden Vorlagen an den Haushalts-
ausschuß.

Standrechtlich erschossen
wurden gestern zwei Personen, die einen Sergeanten der Regie-
rungstruppe überfallen und ermordet hatten. Als der
Sergeant ein Geschäft in der Kaiserstraße betrat, um dort etwas ein-
zukaufen, fielen zwei Männer über ihn her und schnitten ihm die
Hals durch. Es gelang anderen Regierungssoldaten, die Mörder zu
ergreifen. Sie brachten sie nach dem Polizeipräsidium, wo die er-
richtelten Soldaten die Mörder ihres Kameraden standrechtlich er-
schossen. Demelben Schicksal verfiel ein Chauffeur, der mit
anderen drei Regierungssoldaten erschossen hatte.

In den östlichen Vororten.
Nachdem die Regierungstruppen die Spartacisten im Osten der
Stadt immer mehr zurückgedrängt hatten, hielt es viele für an-
gebracht, sich auf die östlichen Vororte zurückzuziehen. Hierzu
benutzten sie, wie uns von dort berichtet wird, den Wasserweg.
Mehrere Schleppdampfer, dicht besetzt mit Matrosen, Soldaten und
Zivilisten, fuhrten die Spree entlang über den Dämmertich, Haken-
und Kalksee, legten dort an, und die Passagiere marschierten geschloffen
nach Tassdorf und Wiesdorf. Wie es scheint, beabsichtigen sie
sich dort festzusetzen. Auch in den Berlin näher gelegenen Orten, be-
sonders in Karlshorst und Köpenick, sind Bänden von Spartacis-
ten aufgetreten. Der Bahnhof Köpenick ist von ihnen
besetzt und teilweise die Gleise aufgerissen. Der Vorortverkehr nach
Körner ist dadurch unterbrochen. Es verkehren nur noch
Pendelzüge zwischen Berlin und Karlshorst und zwischen Friedrichs-
hagen und Körner.

Die Kaiserstandarte.

Von Spartacisten gehißt - von Offizieren heruntergeholt.
Gestern nachmittag gehißt Spartacisten, die sich in das
Schloß eingeschlichen hatten, die Kaiserstandarte. Diesem Un-
guck, der sichtlich darauf angelegt war, die Bevölkerung in Aufregung
zu versetzen, haben die an Ort und Stelle befindlichen Offiziere
des Korps Lüttich sofort ein Ende bereitet. Die Flagge wurde
heruntergeholt.

Die gestern in einem Mittagsblatt verbreitete Nachricht,
daß gleichzeitig mit der Aufhebung der Telephonperre der Ver-
lagerungszustand aufgehoben worden sei, ist nicht wahr und wird
hiermit amtlich widerrufen.

Die Räteversammlung
für Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Volkerversammlung des Berliner Arbeiter-
und Soldatenrats beschäftigte sich gestern nachmittag mit der
Frage der endgültigen Aufhebung des Generalstreiks der
Berliner Arbeiterschaft. Nach einer allgemeinen Diskussion über die
Lage, die nichts Neues brachte, erklärten ein Vertreter der Pots-
damer Eisenbahnwerkstätten, daß sich seine Mandatgeber
gegen die Aufhebung des Generalstreiks erklärt hätten, ebenso ein
Vertreter der Arbeiterschaft von Kottbus, der ausführte, die ganze
Arbeiterschaft von Kottbus wolle im Generalstreik verharren.
Dem zweiten Redner wurde von einem anderen Vertreter der dortigen
Arbeiterschaft widersprochen.

Darauf nahm die Versammlung den Bericht der Kommission
entgegen, die heute mit Röske über die Bedingungen, die die Ar-
beiter für die Wiederaufnahme der Arbeit gestellt hatten, verhandelt
hatte. Nach einer kurzen Debatte, in der ein Vertreter der sozial-
demokratischen Arbeiterräte die Forderung Röskes als annehmbar er-
klärt hatte, nahm die Versammlung folgenden Antrag an:

„Der Generalstreik wird für beendet erklärt
und den Arbeitern wird empfohlen, die Arbeit sofort
aufzunehmen. In Betrieben, die militärisch
besetzt sind, wird die Arbeit erst aufgenommen, wenn
die militärische Besetzung zurückgezogen ist. Die
Namen der aus Anlaß des Streiks Verhafteten sind
dem Volksgesetz mitzuteilen, der sofort Sorge zu tragen
hat, daß diese Personen freigelassen werden.“
Die Annahme des Antrages erfolgte mit erheblicher
Mehrheit.

Zum Schluß fand noch ein weiterer Antrag Annahme, nach dem
mit dem Berliner Magistrat und dem Stadtvorstandeskollegium
wegen Bildung einer kommunalen Soldatenwehr sobald
wie möglich in Verhandlungen getreten werden soll.

Nachdem die städtischen Elektrizitätswerke nach
völliger Arbeitsniederlegung ihrer ganzen Belegschaft einen Not-
betrieb im größten Umfange mit militärisch-technischer
Hilfe haben einführen und durchführen können, hat die Arbeit-
erschaft der städtischen Elektrizitätswerke die Arbeit wieder auf-
genommen.

Die Sozialisierung
vor der Nationalversammlung.

Weimar, 8. März.
O. N. Die deutsche Nationalversammlung hat bereits am
Freitag die erste Lesung des allgemeinen Sozialisierungs-
gesetzes begonnen und diese Beratung sofort mit dem Kohlen-
gesetz, der ersten praktischen Anwendung des Gemein-
schaftsgebändens, verbunden. Der Reichswirtschaftsminister
Wissell leitete die Beratungen mit einer gut überlegten,
gehaltvollen Rede ein. Wissell lehnte jede Revolutionierung
des Wirtschaftslebens ab. Er bestritt auch, daß die Vorlage
ein fobiel richtig, daß bereits das Arbeitsprogramm der Mehrheit
die Sozialisierung privatmonopolistisch entwickelter Groß-
betriebe vorseht. Immerhin dürfte die Streikbewegung nicht
ohne Einfluß auf die Beschleunigung der Vorlage gewesen
sein. Jede Gesetzgebung ad hoc ist aber von Uebel. Der hohe
ethische Gehalt des Gemeinwirtschaftsgebändens muß leiden,
wenn er in der Form einer Gelegenheitsgesetzgebung verwirk-
licht wird. Den Begriff der Sozialisierung umschrieb der
Wirtschaftsminister ganz glücklich mit dem Satz: „Gemein-
wirtschaft bedeutet nicht Staatswirtschaft, sondern Selbst-
verwaltung“. Nur wenn die wirtschaftlichen und finanz-
politischen Ziele mit einer guten Sozialpolitik vereinigt wer-
den, kann die Sozialisierung gegenwärtig wirksam sein. Wissell
ließ es auch nicht an ersten Ermahnungen an die Adresse
der Arbeiterschaft fehlen. Die sozialistische Idee habe,
so sagte er mit Recht, die Pflichtgebundenheit zur Vor-
aussetzung. Von den Mehrheitssozialisten sprach der Berg-
arbeiterführer Huß, der einer allgemeinen Sozialisierung
das Wort redete. Das Zentrum entwarf einen neuen Mann,
den Farrer Braun, der rhetorisch sehr gut, aber sachlich
rechtlich akademisch sprach. Nach vielen kritischen Einwen-
dungen legte er doch zum Schluß eine klare Bekenntnis zur
Gemeinwirtschaft ab: die neue Zeit verlange auch neue
Formen der Wirtschaft. Er meinte sogar, Deutschland werde
mit diesem Gesetz erst recht vorbildlich werden und die Ge-
meinwirtschaft sei eine große Tat in der Kulturgeschichte
der Menschheit. Daß der Redner der schwer-
industriellen Deutschen Volkspartei, der Essener Rechtsan-
walt Kempes, die Vorlage rundweg ablehnte, versteht sich
von selbst. Der Wirtschaftsminister Wissell wies die Unter-
stellung des Volksparteilers scharf zurück, daß die Vorlage
sich lediglich ein Nachgeben gegenüber den revolutionären Massen
finde. In späterer Stunde kam für die Deutsche demokratische
Partei der Abgeordnete Dernburg zum Wort, der zwar die
Privatwirtschaft für den Regelfall anerkannt wissen wollte,
aber die Vorlagen für Volkswirtschaftlich unerlässlich be-
zeichnete. Es müßten neue Wege in unsere wirtschaftliche Zu-
kunft führen, und wenn man eine Abwanderung unserer In-
teligenz und unserer Arbeiter ins Ausland verhindern wollte,
dann müßte die Gesamtheit auf die Güterverteilung und
Güterverteilung einen größeren Einfluß nehmen. Mit Recht
wies er darauf hin, daß das allgemeine Gesetz nur ein
Bekanntnis zu einem Grundbaue. In dem ersten Paragraphen
werde der kategorische Imperativ in Gesetzform aufgefaßt. Aber
die ständige Forderung zur Arbeit nicht erfüllt, müße auch
wichtiger sozialer Rechte verloren gehen. Der deutschdemo-
kratische Redner betonte jedoch die Notwendigkeit, alle konkreten
Gesetze eingehend zu prüfen, und er beantragte darum auch
die Ueberweisung der beiden Vorlagen an den Haushalts-
ausschuß.

Die Sonabendigung leitete der Unabhängige
Genke aus Bremen ein, dem natürlich die vorgeschlagene
Sozialisierung nach keiner Seite hin genügt. Er möchte nach
hohschewitschem Muster die restlose Enteignung und droht
mit Anwendung von Gewalt gegen die herrschenden Klassen.
Dem Spartacisten von links folgt der Spartacist von rechts,
Herr Eugen Berg, der Vorsitzende des Kruppischen Direkt-
rums, Sachwalter des größten Kriegsgewinners von
Deutschland und Abgeordneter der deutschen nationalen Volks-
partei. Er tobt natürlich gegen die vorgeschlagene Sozial-
isierung. Was könnten Leute von seinem Schläge jezt
leisten, wenn sie die Interessen der deutschen
Gesamtwirtschaft einmal über die engen Profit-
interessen stellen wollten! Aber daran ist leider nicht zu
denken. Der Ministerpräsident Scheidemann sagte ihm
daraus nicht mit Unrecht, daß er wie ein „gereizter Interessent“
gesprochen habe. Herr Scheidemann bestritt erneut, daß es
sich bei der Vorlage um ein Nachgeben gegenüber den Massen-
streikern handle, und für die Ausschreitungen des Verdrä-
gergebändes hand Scheidemann Worte schärferer Brandmarke.
Aber er betonte auch mit Schärfe, daß jezt die Zeit gekommen
sei, wo auch wirtschaftlich der Arbeiter nicht mehr nur als
Objekt angesehen werden dürfe. Wollen wir
von den Mehrheitssozialdemokraten und
der christliche Bergarbeiterführer im Busch vom
Zentrum wiesen nach, daß die Schwerindustrie